

arbeitete Vorschlag zur Novellierung des § 17 sieht deshalb vor:

- a) Bei der Ermittlung der Mehrheit ist von dem Personenkreis auszugehen, der sich tatsächlich an der Abstimmung beteiligt,
- b) die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet,
- c) zur Erzielung einer möglichst breiten Willensbildung wird eine Mindestquote von 50% für die Wahlbeteiligung festgesetzt.

Inzwischen ist die SPD-Fraktion über diesen Vorschlag in Gesprächen mit Elternverbänden und Vertretern der Kirchen eingetreten. Der von der Opposition gemachte Vorschlag, in der Verfassung den Vorrang der Gemeinschaftsschule auch bei der Grundschule auszuweisen, ist von der SPD-Fraktion mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Zu Gesprächen darüber steht die Fraktion jederzeit zur Verfügung. Vom Ergebnis dieser Gespräche wird es abhängen, welcher Lösung endgültig der Vorrang gegeben wird.

FDP: Verfassungsänderung beste Lösung

Die FDP-Fraktion, seit jeher eine Anhängerin der Gemeinschaftsschule, ist der Auffassung, daß die Prinzipien, die in der vorigen Legislaturperiode für die Hauptschule eingeführt wurden, auch auf die Grundschule übertragen werden sollten.

Sie ist allerdings der Meinung, daß diesem Ziel nicht die unbedingte bildungspolitische Priorität gehören sollte, da andere Fragen (Gesamthochschule, Gesamtschule, Berufsausbildung u. a.) von größter Wichtigkeit sind. Da jedoch eine Novellierung des Schulordnungsgesetzes ohnehin vorgenommen werden muß, ist zu klären, wie in der Konfessionalisierungsfrage verfahren werden soll.

Nach Meinung der FDP wäre eine Verfassungsänderung in dieser Frage die sauberste und klarste Lösung. Gerade in einer solch wichtigen Frage sollte die Entscheidung von einer möglichst umfassenden parlamentarischen Mehrheit getragen werden. Die FDP dringt deshalb darauf, daß ein gemeinsames Gespräch zwischen allen drei Parteien über die „Entkonnfessionalisierung“ der Grundschulen stattfindet, zumal auch die Opposition zu erkennen gegeben hat, daß sie keinesfalls grundsätzlich gegen Gemeinschaftsschulen eingestellt ist. Sollten sich jedoch die Forderungen der CDU in dieser Frage als unerfüllbar erweisen, so steht die FDP zu ihrer Vereinbarung, gemeinsam mit der SPD eine Novellierung des Schulordnungsgesetzes zur Erleichterung der Umwandlung von Konfessions- in Gemeinschaftsschulen durchzusetzen.

Dies ist zwar nach Auffassung der FDP nur ein halber Schritt in die von ihr gewünschte Richtung; aber ein halber ist immerhin besser als überhaupt keiner.

Porträt

Die Formel vom Professor, den der Zufall in die Politik verschlug, ist nicht ganz richtig und nicht ganz falsch: Richtig, weil Professor Hans Lauber (50) „gar nicht so begeistert“ und wohl auch etwas überrascht war, als ihm die Parteifreunde im Sommer 1969 eine Direktkandidatur für den Rhein-Wupper-Wahlkreis I antrugen, in dem sich auch der jetzige FDP-Fraktionschef Hans Koch um Stimmen bewarb. Falsch, weil der Professor für Psychiatrie und Neurologie, SPD-Mitglied seit 1955, nie nur medizinisch, sondern immer auch politisch gedacht und wohl auch gehandelt hat.

Das fing nach dem Kriege an, als der viermal verwundete Fliegersoldat, zuletzt „Feldunterarzt“, sein medizinisches Staatsexamen ablegte, promovierte und dann als Assistenzarzt am Krankenhaus zu Süchteln von einem Pfleger für die ÖTV geworben wurde. Zum erstenmal war der Zufall im Spiel, denn eigentlich wollte Lauber den hartnäckigen Gewerkschafter auf diese Weise nur beschwichtigen.

Als der damals 29jährige Mediziner dann 1950 an die Düsseldorfer Universitätsklinik überwechselte, um sich dort über den Oberarzt (1955) zum außerplanmäßigen Professor hochzuarbeiten, gesellte sich die politische Einsicht bald hinzu. Anlaß war „die trostlose Situation der Psychiatrie“, die er damals überall im Lande beobachtete. Lauber kam die Erkenntnis, „daß Wissenschaft allein nicht reicht“, wenn man das Los der Menschen verbessern will.

Sein Debut im Düsseldorfer Landtag, 1951 bei einem Hearing über die Errichtung von Ärztekammern, war vermutlich eher standespolitischer Natur. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte, die 1957 für den Bezirk Niederrhein unter Laubers Mithilfe zustandekam, erfolgte aber dann im Zeichen seines parteipolitischen Engagements, das sich freilich noch zügeln mußte.

Denn Lauber zimmerte damals an seiner wissenschaftlichen Laufbahn, veröffentlichte mehr als 40 Arbeiten vor allem auf dem Gebiet der Intelligenzforschung, die er um ein eigenes Untersuchungsverfahren bereicherte, bis er sich 1961 habilitierte. Ein Jahr später übernahm er die Leitung des Landeskrankenhauses Langenfeld — heute



Prof. Dr. Hans Lauber (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

eine psychiatrisch-neurologische Mammot-Klinik mit 1700 Betten, 45 Ärzten und 600 anderen Kräften.

Daß sich die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung von dieser Stelle aus allein nicht verbessern ließ, wurde Lauber immer klarer. Daß die enge Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft und Politik von ihm am Ende ein persönliches Opfer verlangte, war nur die Konsequenz. Die Grenze zwischen Zufall und Notwendigkeit begann zu verschwimmen. Was Lauber zusammen mit Gleichgesinnten über die Reorganisation des gesamten Krankenhaus- und Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen erdacht hatte, drängte nun unmittelbar in die politische Realität.

Aber noch einmal schlich sich der Zufall ein: Kaum hatte der frischgebakene Landtagsabgeordnete den stellvertretenden Vorsitz im Arbeitskreis für Arbeit, Soziales und Gesundheit der SPD-Landtagsfraktion übernommen, starb dessen Vorsitzender Karl Schröder, und Lauber rückte nach. Sein erstes politisches Meisterstück legte er nur wenig später ab: Die Landesregierung akzeptierte den Antrag, einen Plan für die psychiatrische Versorgung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu erarbeiten. Weitere solch' konzeptioneller Pfeile hat der Professor noch im Köcher.

„Ich bin in erster Linie Arzt“ — aber politische Leidenschaft vermag Lauber nun auch nicht mehr zu leugnen. Für die beiden halberwachsenen Söhne und die Frau, einst eine nicht unbedeutende Konzertpianistin, bleibt da nur noch wenig Zeit. Dirk Bavendamm